

## Forderungen zur Landtagswahl NRW 2022

Am 15. Mai 2022 sind die Bürger\*innen in NRW aufgerufen, ein neues Landesparlament zu wählen.

Die Jugendförderung in den vergangenen Jahren ist nicht zuletzt geprägt durch eine finanzielle Verbesserung durch die Aufstockung und Dynamisierung des Kinder- und Jugendförderplans des Landes. Nordrhein-Westfalen gibt für die Kinder- und Jugendförderung mehr Geld aus als der Bund über den KJP des Bundes.

Gleichzeitig ist aber deutlich, wie stark die junge Generation von den derzeitigen gesellschaftspolitischen Themen betroffen ist: Klima, Wohnen, Digitalisierung und nicht zuletzt auch die Frage nach einer zukünftigen Alterssicherung beschäftigen die jungen Menschen. Vor allem die Corona-Pandemie hat in den zurückliegenden 1 ½ Jahren deutlich gezeigt, vor welchen Herausforderungen unsere Gesellschaft steht, um jungen Menschen ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. NRW steht aber nicht nur vor großen bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen wie der Umsetzung von Inklusion oder der Stärkung von Beteiligungsrechten von Kindern und Jugendlichen durch das neue SGB VIII. Die Unterstützung von Careleavern und marginalisierten jungen Menschen wird allein durch den ESF-NRW nicht bewältigt. Und nicht zuletzt werden weltweite Krisen auch weiterhin zu Zuwanderung nach Deutschland und NRW führen.

Mit dem Blick auf sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen fordert die LAG KJS NRW zur Landtagswahl 2022:


### 1. **Unterstützung sichern, Kontakte ermöglichen: Aufsuchende Jugendsozialarbeit ausbauen**

Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie stark junge Menschen auf den Kontakt und die persönliche Begegnung angewiesen sind. Die zurückliegende Zeit, die vor allem geprägt war von Kontaktbeschränkungen und mangelnder Ansprache, hat weitreichende Folgen sowohl für die Lern- als auch soziale Situation sowie die psychische Befindlichkeit der jungen Menschen. Viele von ihnen, die aufgrund der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie nicht beraten und gefördert werden konnten, sind genauso wie viele Schüler\*innen schlichtweg „verloren gegangen“.

**!** **Wir fordern die Landespolitik auf:** Stärken Sie Angebote aufsuchender und niedrigschwelliger Arbeit und führen Sie so junge Menschen wieder an Hilfs- und Unterstützungsangebote heran. Stellen Sie die persönliche Erreichbarkeit von Diensten und Einrichtung der Arbeits- und Kommunalverwaltung sicher.


## 2. Digitale Teilhabe umsetzen: Ausstattung und Kompetenzen fördern

Von digitalen Lern- und Bildungsangeboten profitieren vor allem jene jungen Menschen, denen eine funktionierende digitale Infrastruktur zur Verfügung steht und die über die notwendige Unterstützung verfügen, ihre digitalen Kompetenzen zu entwickeln. Auch wenn 99 Prozent der Jugendlichen über ein Smartphone verfügen, erfüllt dies aber nicht die technischen Voraussetzungen für ein gutes digitales Lernen zuhause. Es bedarf einer passenden digitalen Ausstattung (digitale Endgeräte, geeignete Räumlichkeiten, persönliche Unterstützung, guter Internetzugang) und einer entsprechenden Didaktik und Methodik, um für die Anforderungen einer digitalisierten Lebenswelt gerüstet zu sein.

 **Wir fordern die Landespolitik auf:** Fördern Sie verstärkt digitale Lern- und Bildungsangebote für benachteiligte junge Menschen, verbessern Sie die digitale Infrastruktur in den Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und stellen Sie Weiterbildungsangebote für Mitarbeitende in der Jugendsozialarbeit zur Verfügung. Nutzen Sie bestehende Förderprogramme umfassend, rufen Sie die zur Verfügung stehenden Mittel ab.


## 3. Kinder und Jugendliche schützen, Beteiligung und Inklusion fördern: Das SGB VIII in NRW umsetzen

Mit der Reform des SGB VIII sollen ein verbesserter Kinder- und Jugendschutz in den Einrichtungen und Angeboten der Jugendhilfe umgesetzt, die Beteiligungsrechte junger Menschen gestärkt und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe für junge Menschen mit Behinderungen zur Verfügung gestellt werden. Viele Träger und Einrichtungen verfügen bereits über entsprechende Erfahrungen in diesen Bereichen.

 **Wir fordern die Landespolitik auf:** Erarbeiten Sie gemeinsam mit den Trägern und Einrichtungen die notwendigen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung der Vorgaben des SGB VIII in NRW.


## 4. Perspektiven schaffen: Ausbildung ermöglichen

Jungen Menschen fehlt es gerade in dieser Zeit an beruflicher Perspektive. Die Zahl unbesetzter Ausbildungsstellen ist weniger ein gutes Zeichen auf dem Ausbildungsmarkt als Ausdruck einer großen Verunsicherung bei jungen Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf: Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie schnell Unternehmen vor dem Aus stehen können. Der Wunsch nach einer sicheren Zukunft auf Grundlage eines gesicherten Einkommens unabhängig von (aufstockenden) Transferleistungen, den viele junge Menschen derzeit in einer vollzeitschulischen Ausbildung oder in einer Weiterführung ihrer Schullaufbahn verwirklichen, sollte durch ein breiteres Angebot sicherer Ausbildungsplätze gewährleistet werden. Das sozialpädagogisch begleitete Jugendwohnen wird viel zu selten als Mobilitätshilfe für junge Auszubildende genutzt.

 **Wir fordern die Landespolitik auf:** Stellen Sie im Rahmen eines Sonderprogramms zeitlich befristet für die kommende Legislaturperiode außerbetriebliche Ausbildungsplätze vor allem für (markt-) benachteiligte junge Menschen zur Verfügung und bauen Sie gleichzeitig das Jugendwohnen für junge Menschen in schulischer oder beruflicher Ausbildung bedarfsgerecht aus.


## 5. Für ein selbstbestimmtes Leben: sozialen Wohnraum fördern

Für den Schritt in ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben ist kaum etwas wichtiger als der Einzug in die „eigenen vier Wände“. Gentrifizierung und vor allem die massive Steigerung der Mieten verhindern immer häufiger, dass junge Menschen diesen für sie wichtigen Schritt gehen können. Für diejenigen, die bereits in Einrichtungen der Jugendhilfe bzw. Jugendsozialarbeit leben, ist der Druck, mit Erreichen der Volljährigkeit auszuziehen, besonders groß. Es bedarf der Bereitstellung sozial geförderten Wohnraums.

 **Wir fordern die Landespolitik auf:** Stellen Sie im Rahmen eines sozialen Wohnungsbauprogramms bezahlbaren Wohnraum gerade für benachteiligte Bevölkerungsgruppen zur Verfügung.


## 6. Schulsozialarbeit entwickeln – einen gemeinsamen Rahmen schaffen

Schulsozialarbeit bietet nicht nur eine individuelle Förderung und Begleitung. Sie sieht ihren Auftrag auch darin, Benachteiligungen abzubauen und soziale Gerechtigkeit zu fördern. Die finanzielle Aufstockung der ehem. „BuT-Schulsozialarbeit“ sowie die Einrichtung des „Fachkreis Schulsozialarbeit“ sind ein erster Schritt.


 **Wir fordern die Landespolitik auf:** Wenden Sie den in § 13a SGB VIII formulierten Bezug zur Jugendhilfe an, fassen Sie die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten der Schulsozialarbeit zu einem Förderprogramm Schulsozialarbeit in gemeinsamer Verantwortung von Jugendhilfe und Schule zusammen und setzen Sie dieses flächendeckend und nachhaltig um.

## 7. Integration gemeinsam gestalten

Auch heute noch überschneiden sich viele Angebote zur schulischen, beruflichen und gesellschaftlichen Teilhabe junger Migrant\*innen und Geflüchteter. Sprach- und Integrationskurse, schulische oder berufliche Bildungsangebote schließen sich zudem häufig gegenseitig aus und sind meist zeitlich befristet bzw. schließen bestimmte Gruppen je nach Aufenthaltsstatus, Alter oder Herkunftsland vom Besuch aus. Das „Kommunale Integrationsmanagement“ und die Landesinitiative „Gemeinsam klappt's“ sollen diese Situation verbessern und auf kommunaler Ebene für ein koordiniertes Angebot Sorge tragen.


 **Wir fordern die Landespolitik auf:** Sorgen Sie für bedarfsgerechte, lebenslagenorientierte und am individuellen Hilfebedarf des Einzelnen orientierte Unterstützungsleistungen sowie eine bessere Koordination der Integrationsangebote in den Kommunen und Kreisen. Vermeiden Sie Doppelstrukturen zu bestehenden (Bundes-) Programmen.

Noch immer ist es für junge Seiteneinsteiger\*innen über 18 Jahre nicht möglich, durch regulären Schulbesuch einen allgemeinbildenden Schulabschluss in NRW zu erwerben.

 **Wir fordern die Landespolitik auf:** Schaffen Sie die Möglichkeit der Ausweitung einer Schulberechtigung.

## 8. Corona-Folgen langfristig bekämpfen

Vor allem von der aktuellen Krisensituation sind sozial benachteiligte junge Menschen besonders betroffen: Sie verlieren als Erste ihren Ausbildungs- oder Arbeitsplatz und leiden massiv unter den Schließungen von Schulen und Einrichtungen sowie den Kontaktbeschränkungen. Auch wenn die Fachkräfte der Jugendsozialarbeit in den zurückliegenden Monaten vieles bewegt und erreicht haben – benachteiligte junge Menschen werden noch lange mit den Auswirkungen der Pandemie zu kämpfen haben.

 **Wir fordern die Landespolitik auf:** Entwickeln Sie nachhaltig finanzierte sozial- und jugendpolitische Konzepte, um den Herausforderungen vor allem benachteiligter junger Menschen in und nach dieser Krisenzeit aktiv zu begegnen. Nehmen Sie die Perspektiven junger Menschen wahr und richten Sie Ihr politisches Handeln an den Bedarfen der jungen Generation aus.

*Die Mitgliederversammlung der LAG KJS NRW*

*Köln, im Januar 2022*

### Kontakt:

Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit NRW e.V. (LAG KJS NRW)

Kleine Spitzengasse 2-4

Stefan Ewers

50676 Köln

Tel.: 0221 /16 53 79 -20

[www.jugendsozialarbeit.info](http://www.jugendsozialarbeit.info)

E-Mail: [stefan.ewers@jugendsozialarbeit.info](mailto:stefan.ewers@jugendsozialarbeit.info)